

Franz Segbers

## **Flagge zeigen- Soziale Rechte, Beteiligung, Menschenrecht**

### 12. Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen

Berlin 4. Oktober 2017

Gerechtigkeit, so hat es der Kirchenvater Augustinus im 4. Jahrhundert gesagt, Gerechtigkeit sei das, was eine Gesellschaft von einer Räuberbande unterscheide. Von der Gerechtigkeit hängt es ab, ob auf lange Sicht das Recht der Stärkeren oder aber die Stärkung des Rechts die Oberhand gewinnen. Weil das so ist, ärgere ich mich jedenfalls jedes Mal, wenn von sozial Schwachen geredet wird und arme Menschen gemeint sind. Arme Menschen sind nicht sozial schwach, sie sind finanziell schwach. Sozial schwach sind ganz andere und oftmals die, die Privilegien haben, auf die Politik achtet und deren Wohlstand und Reichtum durch die Politik bewusst gefördert wird.

Was aber ist Gerechtigkeit, die den Staat von einer Räuberbande unterschieden hilft? Die einen verstehen Gerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit. Was an Sozialprodukt in einer Gesellschaft vorhanden ist, sollte gerecht verteilt werden, damit alle ein Leben in Würde führen können. Andere wiederum sagen: Bei der Gerechtigkeit geht es um die Frage, dass alle gerechte Chancen bekommen. Was sie dann daraus machen, das ist dann ihre Angelegenheit. Fragen. Die wirkliche Frage der Gerechtigkeit ist eine anderen: Was schulden Menschen einander? Und warum schulden sie einander was genau? Gerechtigkeit kann man die Antwort auf diese Doppelfrage nennen.

Es ist ein Fehler, Gerechtigkeit mit Gleichheit gleichzusetzen. Bei der Gerechtigkeit geht auch um mehr als Umverteilung und entsprechende Forderungen wie eine Vermögens- oder Reichensteuer und ein anständige Erbschaftssteuer. Das ist alles nötig. Und wo die Politik darauf verzichtet, das Vermögen, den Reichtum und große Vermögen heranzuziehen, damit sie sich nützlich machen für das Gemeinwohl, dort geht es ungerecht zu. Und dennoch: Bei der Gerechtigkeit geht es um Anerkennung. Und wenn die Politik sich weitert, eine gerechte Steuerpolitik zu organisieren und entsprechende Vermögens- oder Reichensteuer und ein anständige Erbschaftssteuer einzuführen, geht es im Grund um einen Mangel an Anerkennung. Schlimmer noch als ein geringer Mindestlohn oder eine Grundsicherung, von der man nicht anständig leben kann, ist die Herabwürdigung. Wenn die Politik den Regelsatz

kleinrechnet, wenn sie das Kindergeld in Hartz hereinrechnet, wenn sie einen Mindestlohn festlegt, der nicht vor Armut schützt, hat lässt sie es an Anerkennung fehlen. Ein Hartz – IV Regelsatz, der nicht vor Armut schützt, ist staatlich verordnete Armut. Wer arbeitet und dennoch seinen Lohn aufstocken muss, dessen Arbeit wird nicht wertgeschätzt. Wer Vollzeit arbeitet und einen zweiten Minijob braucht, um über die Runden zu kommen, dessen Arbeitsleistung wird missachtet. Rund 2,7 Millionen Menschen gehen neben ihrer Hauptbeschäftigung noch einem Minijob nach. Herabwürdigung ist verletzt die Würde mehr als eine Schiefverteilung der Einkommen.

Was also schulden Menschen einander? Und warum schulden sie ihnen was genau?

Menschen schulden einander die Anerkennung, dass jeder gleich ist. Deshalb schulden sie ihnen gleiche Rechte, weil alle mit gleicher Würde begabt sind. Menschenrechte sind ein herausragendes Beispiel für eine Politik, die die Würde des Menschen anerkennt. Armut ist mehr als materielle Not oder Entbehrung. Diese Würde des Menschen ist nicht eine schöne Floskel, gut für Sonntagsreden. Die Menschenrechte buchstabieren die Menschenwürde durch. An den Menschenrechten lässt sich ablesen wie es um die Menschenwürde bestellt ist. Als Theologe und Pfarrer würde ich sagen: Gott hat alle Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen, deshalb sind alle gleich – welche Haarfarbe, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht sie haben. Deshalb haben alle die gleiche Würde und die gleichen Rechte. Andere mögen diese Gleichheit in den Rechten anders begründen. Doch alle sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren und jeder hat das gleiche Rech auf Leben, Freiheit und Sicherheit.

Sind wir alle gleich an Würde und Rechten geboren? Stimmt das denn? Wächst nicht der eine in einer Hochhaussiedlung auf, wo es beengt zugeht, es laut ist und die Schule auch miese. Der andere wächst mit goldenen Löffeln auf. Der bekommt Nachhilfe, wenn es sein muss. Schließlich soll der Junge einmal etwas werden. So ist es: das Leben beginnt ungerecht, und es endet ungerecht, und dazwischen ist es nicht viel viel besser. Der eine zieht das große Los, der andere die Niete. Der eine erbt Talente und ein großes Vermögen, der andere wächst mit einer drogenkranken Mutter auf. Der eine hat eine Mutter, die ihn liebt, der andere einen Vater, der ihn schlägt. Weil das Leben es so ungerecht mit den Menschen meint, brauchen wir einen großen Gleichmacher: Die Menschenrechte. Die Menschenrechte gleichen aus, wo die Natur oder auch eine Gesellschaft ungerecht sind. Die Menschenrechte sind das Fundament. Sie machen Menschen gleich und stark, wo sie es nicht sind. Menschenrechte sind Ermöglicher. Menschenrechte sorgen dafür, dass Menschen reale und nicht nur formale Chancen haben. Es genügt zu sagen: Jeder hat das Recht, von einem hohen Baum Äpfel zu

pflücken. Da soll sich nicht jeder nach dem Apfel recken können, der große und der kleine. Nein, die Menschenrechte geben dem Kleinen eine Leiter, damit auch sie an die Äpfel herankommen können. Menschenrechte sind Schicksalskorrektoren.

Der Sozialstaat ist kein Feldlazarett. Er verbindet nicht die Verwundeten. Er ist nicht die Fortsetzung von Suppenküchen, Kleiderkammern und Sozialkaufhäusern. Sozialpolitik ist die Basispolitik für die Würde des Menschen. Deshalb lautet auch der Art.1 des Grundgesetzes. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Würde des Menschen zeigt sich in den Rechten, die jeder Mensch hat. Wir alle wissen, dass diese Würde angetastet werden kann.

Weit davon entfernt, nur Bedürftige zu sein, die auf Versorgung und Tafeln warten, oder Eltern, die dankbar sein sollen, wenn sie ein Bildungs- und Teilhabepaketchen für ihre Kinder bekommen, sind arme Menschen Bürgerinnen und Bürger, denen Rechten verwehrt werden und die ihren politischen Einfluss nicht geltend machen können. Arme Menschen sind zuerst und vor allem Bürger und Bürgerinnen, die um ihre Menschenrechte gebracht worden sind. Art. 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 besagt:

„Jeder hat ein Recht auf soziale Sicherheit, er hat Anspruch darauf, in den Genuss der für seine Würde und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.“

Ziemlich in Vergessenheit geraten ist ein Würderecht, das heute dringender als je wäre. Soziale Menschenrechte und die Würde des Menschen gehören zusammen. Wer die sozialen Menschenrechte beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen.

So wie die Würde des Menschen in den sozialen Menschenrechten durchbuchstabiert wird, werden die sozialen Menschenrechte auch durchbuchstabiert. Damit Menschen in Freiheit leben können und ihre Würde geachtet wird, brauchen sie ein Recht auf Arbeit von der man und in der man in Würde leben kann. Sie brauchen das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, ein Recht auf Nahrung und ein Recht auf ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf ausreichende medizinische Versorgung und die Möglichkeit, gute Gesundheit zu erreichen und zu genießen; das Recht auf ausreichenden Schutz vor den wirtschaftlichen Nöten im Alter, bei Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit; das Recht auf eine gute Ausbildung.

Und wer soll das bezahlen?

Wer so fragt, der hat die Menschenrechte schon zur Sete gelegt. Denn die Menschenrechte sind keine Frage, ob man sie sich leisten kann. Die Würde des Menschen hat keinen Preis; sie ist zu achten.

Alle diese einzelnen Rechte buchstabieren durch, wie ein Leben in Würde und in sozialer Sicherheit aussieht.

Die Liste der sozialen Menschenrechte wird abgeschlossen von einem kaum bekannten Recht:

Abschließend nennt Artikel 28 den wichtigen grundlegenden

„Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“

Diese bewundernswerte Formulierung macht deutlich, dass die politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung von entscheidender Bedeutung für die Menschenrechte ist. Für diese Ordnung ist der Staat zuständig. Es genügt nämlich nicht, nur jedem einzelnen Rechte zuzusprechen. Die Ordnung einer Gesellschaft muss auch so aussehen, dass ich meine Rechte wahrnehmen kann. Wie es um die Menschenrechte bestellt ist, hängt entscheidend von der gesellschaftlichen Ordnung ab. Wenn die Politik vor wenigen Wochen dafür geworben hat, dass das Land so sein soll, dass man gut und gerne in ihm leben will, dann hängt das davon ab, ob die Menschenrechte verwirklicht werden. Die Menschenrechte sind der Maßstab.

Aus der Perspektive der Menschenrechte und der Perspektive arm gemachter Menschen ist ein Leben in Armut mehr als nur materielle Armut. Sie ist vor allem die Erfahrung der politischen Ohnmacht. Menschenrechte verleihen den Stimmlosen eine Stimme. Der Hartz IV Regelsatz wäre anders, wenn Menschen ein politisches Mitspracherecht hätten. Die Herausforderung von Armut in einer reichen Gesellschaft besteht deshalb darin, dass nicht allein die materielle Lage verbessert wird, sondern dass die Rechte arm gemachte Menschen vor allem anerkannt werden.

Das Recht auf eine soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit oder das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard sind nicht vom Himmel gefallen. Es ist Kämpfe um diese Rechte gegeben. Diese Kämpfe wiederum sind Auslöser für die Menschenrechte. Armut verletzt deshalb die Würde des Menschen, genauer: sie verletzt die Rechte des Menschen. Wer Armut bekämpfen will, der muss anerkennen, dass jeder Mensch gleiche Rechte hat und zu diesen Rechten gehört das Recht auf ein Leben in Würde und ohne Armut.

Menschenrechte sind die Schlüssel für alle Bemühungen um die Beseitigung der Armut. Mehr Menschenrechte bedeuten weniger Armut und mehr Gerechtigkeit. Die Zukunftsaufgabe besteht darin, Rechte in Gerechtigkeit umzusetzen. Ein Staat, der diesem Maßstab nicht gerecht wird, gleicht nach dem Kirchenvater einer Räuberbande. Doch damit dies nicht geschieht brauchen wir eine starke Gerechtigkeitsbewegung. Menschenrechte wirken nicht schon dadurch, dass es sie gibt. Immer gibt es einen Kampf um die Geltung und Anerkennung der Rechte. Rechtlich haben sie keinen Verfassungsrang, sind nicht einklagbar und haben keinen Rechtsanspruch. Klingen sie nur so schön, weil sie nichts kosten und zu nichts verpflichten? Es wäre an d

er Zeit, dass die nationale Armutskonferenz nicht nur eine tagende Veranstaltung bleibt, sondern zu einer Gerechtigkeitsbewegung wird, die sich stark macht für die Rechte arm gemachter Menschen.